

Stellungnahme zur Pressekonferenz der Verwaltung des Ortenauklinikums vom  
Donnerstag, den 07.05. 2015  
von Lukas Oßwald, Die Linke Lahr, den 10.05.2015

Die Liste mit den Einsparungen, von denen ich einige in meiner Anfrage vom 05.05.2015 genannt habe, wurde dem gesamten Pflegepersonal im Klinikum Lahr-Ettenheim als Protokoll der Stationsleitungssitzung von der Pflegedirektion vorgelegt. Sie hing in den Stationszimmern aus und die Kenntnisnahme musste jede Pflegekraft per Unterschrift bestätigen. Das haben mir, unabhängig voneinander, mehrere Beschäftigte bestätigt. Im Interesse einer guten Gesundheitsversorgung für alle halte ich es für zwingend geboten, derartige Einsparungsabsichten an die Öffentlichkeit zu bringen.  
Beide, Herr Pflegedirektor in Lahr Herr Kargoll und der Geschäftsführer vom gesamten Ortenau-Klinikum, Herr Lörch, bestreiten diese geplanten Einsparungen.

Den Vorwurf der Unverschämtheit von Herrn Lörch weise ich an dieser Stelle entschieden zurück. Persönliche Vorwürfe dienen niemals der Sache.

Genauso wenig zweckdienlich ist seine Aussage, ich ließe mich vor den Karren von ominösen Einzelpersonen spannen. Auch dies ist eine persönliche Diffamierung, die ich von mir weise.

In der Sache Ärztehausfinanzierung in Kehl, Ermittlungen des Gewerbeaufsichtsamts und der Besetzung der 8 Fachkraftstellen (sind mittlerweile besetzt), habe ich meine Ausführungen zurückgezogen.

Ich habe jedoch **keine** Aussagen zurückgezogen, die die Arbeitsbelastung der Pflegerinnen und Pfleger beinhalten. In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage 5 vom 10. Februar präzisieren:

Welche Überlegungen gibt es, zukünftig dieses ungebändigte Anhäufen von Überstunden **und Mehrarbeit** zu unterbinden? Diese beiden Begriffe sind arbeitsrechtlich zu unterschieden, was mir bis dato nicht bekannt war. Beides beinhaltet zusätzliches Arbeitszeitaufkommen. Weder werden die Betroffenen gefragt, bevor sie zu Mehrarbeit verplant werden, noch gib es eine Strategie, diese Mehrarbeit jemals abbauen zu können. Bereits Ende 2013 hat doch der Personalrat des Ortenau-Klinikums schon wegen des Stellenabbaus im Rahmen von Arbeitszeitänderungen beim Krankenhausausschuss vorgeschlagen.

Überstunden müssen durch den Personalrat genehmigt werden. Warum das nicht der Fall ist, wurde auf der Pressekonferenz nicht beantwortet. Auch das Leserecht des Personalrats wurde in diesem Zusammenhang eingeschränkt.

Wie kommt es, dass Überstunden nicht anerkannt werden? Wenn der Pflegedirektor, Herr Kargoll behauptet, ihm sei nur ein Fall bekannt, ist das schon starker Tobak – gelinde ausgedrückt. Mir wurden jedenfalls etliche Fälle zugetragen.

Die Dienstvereinbarung des Personalrats in Kehl (geänderte Fassung vom 04.08.2014) ist bis heute nicht von der Verwaltung unterschrieben worden. Sie beinhaltet klare Regelungen zu Überstunden und Mehrarbeit.  
Statt dessen gibt es, angeregt durch die Verwaltung, eine arbeitsrechtlich äußerst bedenkliche Dienstvereinbarung in Achern, Oberkirch und Wolfach, in denen Pausen nicht mehr genommen werden können, sondern einfach durchbezahlt werden.

Entsprechende Schreiben liegen mir vor.

Warum gibt man den Personalvertretungen keine Gelegenheit, die momentanen Arbeitsbedingungen vor dem Krankenhausausschuss selbst zu beschreiben und zwar öffentlich, damit sie geschützt sind? Ich habe das in der vergangenen Ausschusssitzung gefordert. Man kann das Problem nicht lösen, wenn man eine Seite einfach außen vor lässt. Wir brauchen viel mehr Transparenz über die Arbeitsbedingungen.

Neben Fritz Preuschoff, langjähriger Personalratsvorsitzender am Klinikum Kehl hat sich auch Thimo Giedemann, Verdi Vertrauensmann der Situation in der Pflege seit vielen Jahren angenommen. Herr Giedemann hat am vergangenen Mittwoch in einem Interview mit der Mittelbadischen Presse meine Ausführungen zum Klinikum Lahr bestätigt. Herr Preuschoff steht der Presse ebenfalls zur Verfügung. Des weiteren beziehe ich meine Informationen von weiteren Personalratsmitgliedern in Lahr, Kehl, Offenburg und Achern. Daneben sind auch Stationsleitungen und viele weitere Beschäftigte an mich herangetreten. Sie alle haben den Wunsch, dass die Pflegesituation intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wird, um endlich das Sparkarussell anzuhalten. Dabei bitten sie mich um Vertraulichkeit, da sie um ihren Arbeitsplatz fürchten. Dieses Aufbauen von Druck auf die Beschäftigten, wenn es um die Transparenz der Arbeitsbedingungen geht ist leider weit verbreitet.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass ich diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schütze. So ist es natürlich leicht für die Krankenhausverwaltung, Klinikleitungen und den übrigen Ausschusssmitgliedern, meine Informationen in Frage zu stellen und die Zahlen und Analysen der Verwaltungsseite als die allein richtigen hinzustellen.

Unterschiedliche Zahlen und Analysen gibt es aber auch andernorts zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebern.

Ich möchte an dieser Stelle auch dazu anregen darüber nachzudenken, warum sich so wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ortenau-Klinikums trauen, über ihre Arbeitsbedingungen öffentlich zu reden? Warum wird, so viel Druck gegenüber den Beschäftigten aufgebaut? Es soll so wenig wie möglich nach außen dringen.

Es geht hier um einen Versorgungsbereich, der uns alle angeht. Jeder von uns ist doch froh, wenn er eine gute Pflege für sich und seine Angehörigen bekommt. Also muss hier wesentlich mehr Transparenz auch das Ziel der Kliniken im Ortenaukreis sein. Es muss Druck von den Beschäftigten genommen werden.

Der Ortenaukreis will keine weitere weiteren Mittel für die Pflege bereitstellen und weiter auf dem Rücken der Pflegenden sparen, wie es treffend im Guller heute heißt. Wer er das tut, muss sich in der politischen Auseinandersetzung auch den Vorwurf gefallen lassen, für die Folgen mitverantwortlich gemacht zu werden.

Aber diese Folgen treffen hier nicht nur die Pflegerinnen und Pfleger, sondern vor allem auch die Patienten. Der Zusammenhang zwischen vermehrt auftretenden Infektionen (Lungenentzündungen, Harnwege, etc.) und Einsparungen beim Pflegepersonal sind längst durch Studien belegt.

Wir von der Partei Die Linke vertreten die Auffassung, dass dem Pflegenotstand jetzt entgegnet werden muss. Es darf keine weitere wertvolle Zeit vertrödelt werden, sonst wird der Pflegenotstand immer schlimmer. Auf Budgeterhöhungen seitens des Bundes zu warten ist allenfalls optimistisch, entspricht aber nicht der Realpolitik der letzten Jahre.

Die Härten in der Pflege müssen jetzt mit zusätzlichen Kreismitteln abgebaut werden, um den Pflegeberuf und das Ortenauklinikum als Arbeitgeber wieder attraktiver zu machen.

Die Auseinandersetzung um die Situation der Pflegerinnen und Pfleger im Ortenau-Klinikum hat zu einer verstärkten Diskussion darüber geführt. Ich finde die öffentliche Auseinandersetzung über Fehlentwicklungen im Pflegealltag tausender Beschäftigter in der Ortenau eine elementare Angelegenheit in einer funktionierenden Demokratie.